Presse

AG Tourismus

# Bundesweite Tourismusstrategie gleicht einer Farce

***Gabriele Hiller-Ohm**, tourismuspolitische Sprecherin*

**In der heutigen Sitzung des Tourismusausschusses hat der Tourismusbeauftragte der Bundesregierung Aktionspläne für die bundesweite Tourismusstrategie vorgestellt. Die präsentierten Ansätze blieben jedoch weit hinter den Erwartungen an eine Strategie zur Stärkung des Tourismus nach der Corona-Pandemie zurück.**

„Angesichts der großen Herausforderungen im Tourismusbereich sind die Vorschläge des Wirtschaftsministeriums eine Farce. Sie bleiben weit hinter unseren bereits schon 2019 im Bundestag beschlossenen Erwartungen zurück. Wir haben einen Fahrplan zur Stärkung der stark angeschlagenen Tourismuswirtschaft erwartet. Nun bekommen wir halbgare und zum Teil bereits umgesetzte Ideen, denen Innovation und Tatendrang fehlen.

Bereits im Koalitionsvertrag von 2018 haben wir festgehalten, dass es eine bundesweite Strategie für den Tourismus bedarf. Mit dieser Strategie sollten unter anderem Maßnahmen aufgezeigt werden, um den Fachkräftemangel zu überwinden, um Berufe im Tourismusbereich aufzuwerten und eine bessere Vernetzung zwischen den Zuständigen auf Bundes- und Landesebene und der Branche herbeizuführen. Außerdem sollten Ansätze entwickelt werden, wie Tourismus ökologisch nachhaltiger und langfristig modern und digital aufgestellt werden kann.

Die Corona-Krise und die lange Zeit des Lockdowns haben nur noch unterstrichen, wie wichtig eine solche Strategie jetzt ist. Viele Beschäftigte waren über Monate in Kurzarbeit und standen vor großen Unsicherheiten. Die Tourismus- und Veranstaltungsbranche gehört noch immer zu den Bereichen, die am stärksten von der Corona-Krise betroffen sind. Fachkräfteabwanderung war nur eine der Folgen.

Leider hat das CDU-geführte Wirtschaftsministerium nicht rechtzeitig geliefert. Eine ganze Legislaturperiode hatte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier Zeit, um den Tourismus nachhaltig zu stärken. Herausgekommen sind sehr schwache Vorschläge, die uns in der letzten Sitzungswoche vor der

Sommerpause präsentiert wurden. Somit kann das Parlament sich mit den Vorschlägen nicht mehr ausreichend befassen. Die Vorschläge können damit kaum zu einem schnellen von der Branche dringend benötigten Kurswechsel führen.“